



Immer leichter wird es, den Menschen Geld aus der Tasche zu ziehen. Glücksspiel-Cafes schießen wie Schwammerln aus dem Boden, Internet-Wetten und Spielautomaten versprechen das große Geld. In Wirklichkeit verdienen daran nur die Betreiber.

## Spielsucht

einen Automaten aufstellen, manche leben gut von einem Automaten“.

Slogans wie „alles ist möglich“ versichern den Gefährdeten unterschwellig, dass sie auch gewinnen werden, meint man bei BAS. Die Spieler setzen zu 85 Prozent auf die Automaten, wobei in den letzten Jahren Probleme mit Wettcafes und Internet-Spielen zunehmen.

Zu BAS kommen die Menschen nach rund drei Jahren, wenn Banken kein Geld mehr hergeben oder Ehepartner die Schulden entdecken, die bis zu verpfändeten Häusern reichen. Auf Schuldgefühle und Selbstmordgedanken folgt ein harter Entzug, der krankhafte Züge hat. Diese

Menschen sind bei BAS oder auch der Sigmund-Freud-Klinik nicht allein. In letzterer bietet man ein stationäres Angebot für Spielsüchtige an, bei BAS gibt es Beratung und eine Selbsthilfegruppe mit Betroffenen, die das Problem gemeistert haben oder selbst noch damit kämpfen.

Diese Hilfen will die KPÖ verstärkt gefördert wissen. Und sie pocht darauf, dass Warnhinweise auf die minimale Gewinnchance hinweisen. Die KPÖ hat deshalb einen Antrag in den Landtag eingebracht. Neue Regeln tun Not – weil die Folgekosten die Allgemeinheit trägt. Und vor allem, weil Existenzen gefährdet sind – durch Wettcafes und Co.

**Helfen statt reden  
Beratung in allen Lebenslagen**

**Notruf 0316/ 877 5104**

in Stadt  
Land **KPÖ**

Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten. Freitag im Landhaus!

## MEINUNG

**Verzetnitsch fordert 800.000 Euro „Mindestlohn“**

**Spitzengewerkschafter sollten sich nicht von Arbeitern abheben**



Bei den 800.000 Euro, die Fritz Verzetnitsch fordert, geht es nicht um die Gage eines Spitzenmanagers in einem Großkonzern, sondern um Ansprüche des früheren Spitzengewerkschafters in Österreich. Das zeigt, wie weit es mit dem ÖGB schon gekommen ist. Jetzt kommen Verträge zum Vorschein, die auch die vergangene Politik des ÖGB in einem besonderen Licht erscheinen lassen.

Die Reform des ÖGB lässt auf sich warten. Anscheinend sind einige Entscheidungen auf die Zeit nach der Nationalratswahl verschoben worden, um der SPÖ in den kommenden Wochen nicht zusätzliche Probleme zu bereiten.

Es kann nicht angehen, ausschließlich die Mehrheit der ÖGB-Bediensteten mit Einsparungsvorschlägen zu konfrontieren, während für die Spitzenfunktionäre Gehälter von 11.000 Euro pro Monat weiterhin zur Diskussion stehen. Für das Bawag-Debakel sind die Spitzenleute verantwortlich gewesen. Das darf

man jetzt nicht vergessen.

Unsere Haltung ist klar: Auch Spitzengewerkschafter sollten sich nicht allzu sehr von den Normalverbrauchern abheben. Deshalb treten wir gegen Postenschacherei und gegen Mehrfachbezüge ein: Wer monatlich so viel Geld verdient wie ein Manager, denkt auch bald schon wie ein Manager.

KPÖ und GLB haben nachweislich stets gegen Privilegien der Manager, der Politiker und auch gegen Privilegien von Funktionären der Arbeiterbewegung gekämpft.

Beim ÖGB sollte sich nach dem Bawag-Skandal die Erkenntnis durchsetzen, dass die Gewerkschaftsbewegung keine gutdotierten Sozialpartner, sondern ehrliche und konsequente Arbeitervertreter braucht.

*Peter Scherz ist Arbeiterbetriebsrat bei Magna-Steyr Graz und bei der Nationalratswahl Spitzenkandidat der KPÖ im Wahlkreis Graz-Umgebung/Voitsberg.*

## Bundesregierung: Werbung für 157 Millionen Euro

Die schwarz-orange Bundesregierung machte seit ihrem Bestehen 157,5 Millionen Euro (mehr als 2 Milliarden Schilling!) aus Steuergeldern locker, um Eigenwerbung zu betreiben.

Spitzenreiter beim Werben ist „Österreich. Hier geht's uns gut“-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel mit 39,5 Millionen Euro. Gleich danach folgt Seitenblicke-

Finanzminister Karlheinz Grasser mit 24,8 Millionen. Auf Platz drei liegt Sozialministerin Ursula Haubner, die zusammen mit ihrem Vorgänger Wolfgang Haupt 20,3 Millionen Euro für Berater und Werbung verprasst hat. Mehr als 10 Millionen Euro verbrauchten Umweltminister Josef Pröll (15,1 Millionen) und Wirtschaftsminister Martin Bartenstein (13,1 Millionen).